



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

41/2014 10.10.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Fachtagung: „Graubereiche“ des Verwaltungshandelns

Dienstag, 11. November 2014, 9.00 Uhr bis 14.45 Uhr, Linz (Landhaus).

Veranstalter: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Zusammenarbeit mit dem Amt der Oberösterreichischen Landesregierung.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI II 252/2014 (Anlage 1, Anlage 2)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die **Berechnung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen**

II. Amtsblatt der EU

ABI L 289 v 03.10.2014, 1

Beschluss des Rates vom 29. September 2014 zur **Änderung des Beschlusses** 2014/668/EU über die nung - im Namen der Europäischen Union - und die **vorläufige Anwendung des Assoziierungsabkommens** zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Ukraine** andererseits hinsichtlich des Titels III (mit Ausnahme der Bestimmungen über die Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die als Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei legal beschäftigt sind) und der Titel IV, V, VI und VII des Abkommens sowie der diesbezüglichen Anhänge und Protokolle

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

18.09.2014, [B 1311/2012](#)

Oö RaumordnungsG; Oö BauO; Oö BautechnikG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Abweisung der Vorstellung von Nachbarn gegen die Erteilung einer Baubewilligung zur **Errichtung einer Lärmschutzwand und einer Lagerhalle** auf einem Betriebsgelände; **keine Bedenken** gegen den Flächenwidmungsplan der Gemeinde Schlierbach 2000 **hinsichtlich der Widmung der Baugrundstücke** als Mischbaugebiet bzw als Betriebsbaugebiet

B. Verwaltungsgerichtshof

28.05.2014, [Ro 2014/07/0063](#), [Ro 2014/07/0064](#)

VwGG; mit dem Einlangen der vom VfGH abgetretenen Beschwerde, welche als „Übergangsrevision“ iSd § 4 VwGbk-ÜG 2013 zu werten war, beim VwGH, wurde **das Revisionsrecht der Revisionswerberin verbraucht**; die von der Revisionswerberin im Wege des LVwG beim VwGH eingebrachte Revision, die erst nach Einlangen der vom VfGH abgetretenen Beschwerde erhoben wurde, war daher gem § 34 Abs 1 VwGG ohne weiteres Verfahren in nichtöffentlicher Sitzung zurückzuweisen

21.08.2014, [2014/11/0005](#)

ÄrzteG; B-VG; es ist verfassungsrechtlich unzulässig, die Entscheidung über das Erlöschen einer Berufsberechtigung (**Austragung aus der Ärzteliste**) dem Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer im eigenen Wirkungsbereich, somit ausgenommen „von dem verfassungsrechtlich gebotenen Weisungszusammenhang mit den obersten Organen der Vollziehung (Art 19 iVm 20 Abs 1 B-VG)“ (vgl Pkt 2.4.4.2. der Entscheidungsgründe des Erkenntnisses des VfGH G 99/2013-13 ua) zu übertragen

21.08.2014, [2014/11/0006](#)

ÄrzteG; B-VG; mit E vom 23.06.2014, G 87/2013-14 ua, hob der VfGH § 27 Abs 10 und die Wortfolge „Eintragung in die Ärzteliste und“ in § 117b Abs 1 Z 18 ÄrzteG idF BGBl I 144/2009 als verfassungswidrig auf und stellte fest, dass die Wortfolge „10 und“ in § 125 Abs 4 zweiter Satz ÄrzteG idF BGBl I 144/2009 verfassungswidrig war; im Licht der vom VfGH verfügten Aufhebung (Feststellung der Verfassungswidrigkeit) der in Rede stehenden Bestimmungen des ÄrzteG ist für den Beschwerdefall davon auszugehen, dass der belangten Behörde, dem Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer, keine Zuständigkeit zukam, die mit dem angefochtenen Bescheid verfügte Versagung der Eintragung des Beschwerdeführers in die **Österreichische Ärzteliste** vorzunehmen

21.08.2014, [Ro 2014/11/0027](#)

VerbrechensopferG; VwGG; B-VG; hat der Revisionswerber gegen denselben Bescheid schon vor der Abtretung durch den VfGH im Verfahren vor dem VwGH Revision an den VwGH erhoben, hatte der Revisionswerber damit sein Recht zur Erhebung einer Revision bereits verbraucht, weshalb sich die vom VfGH abgetretene Beschwerde als unzulässig erweist und mangels Berechtigung zu ihrer Erhebung gem § 34 Abs 1 VwGG zurückzuweisen war

21.08.2014, [Ro 2014/11/0068](#)

KraftfahrG; das KraftfahrG erlaubt die **Anbringung von Blaulicht** an für den Rettungsdienst bestimmten Fahrzeugen **nicht uneingeschränkt**; eine Erlaubnis ex lege besteht nur für die in § 20 Abs 1 Z 4 lit e und f leg cit genannten Fahrzeuge; für andere Fahrzeuge, welche für den Rettungsdienst bestimmt sind, bedarf die Anbringung von Blaulicht einer Bewilligung; sind die drei Voraussetzungen (öffentliches Interesse an der Verwendung von Blaulicht, Fehlen von Bedenken vom Standpunkt der Verkehrs- und Betriebssicherheit, Verwendung des Fahrzeugs für den Rettungsdienst) erfüllt, so ist eine

Bewilligung gem § 20 Abs 5 KraftfahrG zu erteilen; das KraftfahrG bietet, auch im Zusammenhang mit den Gesetzesmaterialien, keinen Hinweis darauf, dass die Erteilung der Bewilligung im Ermessen der Behörde läge

C. Verwaltungsgerichte

LVwG NÖ 25.07.2014, [LVwG-ME-14-0042](#)

AVG; VStG; das in einer **unrichtigen Adresse** gelegene Versehen eines Mitarbeiters eines Parteienvertreters ist **kein Wiedereinsetzungsgrund**, da dieser Umstand schon bei Aufwendung eines Mindestmaßes an Aufmerksamkeit hätte auf fallen müssen

LVwG NÖ 28.07.2014, [LVwG-AB-14-0292](#)

NÖ Raumordnungsg; NÖ BauO; die **Erforderlichkeit eines Bauvorhabens für land- und forstwirtschaftliche Zwecke** iSd § 19 Abs 4 NÖ Raumordnungsg ist nicht schon dann zu bejahen, wenn eine solche Tätigkeit beabsichtigt ist; der Bauwerber hat vielmehr im Rahmen des eingereichten Bauprojekts die geplante land- und forstwirtschaftliche Nutzung konkret darzulegen; bei Beantwortung der Frage, ob eine Baulichkeit für die landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzung erforderlich ist, ist ein **strenger Maßstab anzulegen**, soll doch verhindert werden, dass die Bestimmungen über die Flächenwidmung dadurch umgangen werden könnten, dass jemand lediglich einem Hobby und nicht einer zumindest nebenberuflichen landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgeht und auf diese Weise die für die Landwirtschaft bestimmten Grundflächen zersiedelt

LVwG NÖ 28.07.2014, [LVwG-AB-14-0659](#)

ForstG; eine **Schutzhütte** ist nach dem allgemeinen Sprachgebrauch eine Hütte oder ein Haus in ansonsten unbebautem Gebiet, welche zum Schutz vor Unwettern sowie als Übernachtungsmöglichkeit und als Stützpunkt dient und hauptsächlich für Wanderer und Bergsteiger errichtet ist; der Begriff der Schutzhütte im ForstG ist wie der gleichlautende Begriff in der GewerbeO zu verstehen; auch die GewerbeO versteht unter Schutzhütten insb Schutzhütten alpiner Vereine, die vor allem auf die Bedürfnisse von Bergsteigern abgestellt sind; demnach ist klargestellt, dass es im Fall einer Schutzhütte nicht unvereinbar ist, sonst dem konzessionierten Gastgewerbe vorbehaltene Leistungen zu erbringen – somit eine Schutzhütte zu betreiben – und es sich dabei um keine spezifische Betriebsart des Gastgewerbes handelt

LVwG NÖ 29.07.2014, [LVwG-BN-14-0019](#)

AbfallwirtschaftsG; VStG; durch die Nichtbefolgung der in § 61 Abs 1 AbfallwirtschaftsG normierten Anzeigepflicht und durch die **Einbringung von Abfällen in die Deponie ohne Abwarten der behördlichen Überprüfung** bzw ohne Behebung der bei der behördlichen Überprüfung wahrgenommenen Mängel, also entgegen § 63 Abs 1 AbfallwirtschaftsG, werden zwei Verwaltungsübertretungen begangen, für welche gem § 22 Abs 1 VStG die Strafen nebeneinander zu verhängen sind

LVwG NÖ 30.07.2014, [LVwG-AV-405/002-2014](#)

NÖ BauO; die **Rechtskonstruktion des vermuteten Konsenses** ist – auch in Bezug auf das Vorliegen einer Benützungsbewilligung oder einer Fertigstellungsanzeige – bei alten Bauwerken nur auf solche Bauwerke anwendbar, für die – abgesehen von anderen Voraussetzungen – keine Bau- oder auch Benützungsbewilligung bzw Fertigstellungsanzeige existiert und eine solche nicht mehr auffindbar ist; die Rechtmäßigkeit des Bestands bzw der Benützung soll nur dann vermutet werden, wenn der Zeitpunkt der Errichtung und der Fertigstellung des Altbestands so weit zurückliegt, dass, von besonders gelagerten Einzelfällen abgesehen, auch bei ordnungsgemäß geführten Archiven die Wahrscheinlichkeit, noch entsprechende Unterlagen auffinden zu können, erfahrungsgemäß nicht mehr besteht, wobei die Vermutung der Konsensmäßigkeit und der Benützung von Altbeständen nur jenen Bauwerken zukommt, die nach der zur Zeit ihrer Herstellung und der Benützung geltenden BauO dem Gesetz entsprochen haben; weder die Bestimmungen der NÖ BauO 1976 noch der NÖ BauO 1996 kennen das Rechtsinstitut der Ersitzung

LVwG NÖ 31.07.2014, [LVwG-AB-14-0387](#)

AVG; VwGVG; der **im Zuge eines Devolutionsantrags erlassene Bescheid** in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs von Gemeinden stellt im verwaltungsbehördlichen Verfahren die **erste Sachentscheidung** dar; die den Bescheid erlassende Behörde wird funktionell als Behörde erster Instanz tätig

LVwG NÖ 05.08.2014, [LVwG-AB-14-0562](#)

AbfallwirtschaftsG; eine **Duldung von Lagerungen oder Ablagerungen** iSd § 74 Abs 2 AbfallwirtschaftsG liegt nicht nur dann vor, wenn sich aus dem Verhalten des Grundstückseigentümers schlüssig ableiten lässt, dass er den Handlungen zugestimmt hat, weil sonst die Pflicht zur Überwachung seines Grundstücks gegenstandslos wäre; auch eine Wortinterpretation des Begriffs „Duldung“ führt dazu, dass darunter ein Zulassen und ein Fortbestehenlassen zu verstehen ist; jedenfalls ist dem Begriff immanent, dass keine aktiven Handlungen zu setzen sind

LVwG NÖ 05.08.2014, [LVwG-KO-13-1021](#)

GlücksspielG; bei jeder einzelnen Ausspielung mit Glückspielgeräten in Folge einer **funktionsfähigen Automatik-Start-Taste** wird die **Möglichkeit für Serienspiele** eröffnet, womit zumindest der Versuch einer gerichtlich strafbaren Handlung gem § 168 StGB gesetzt wird und somit der Tatbestand der Verwaltungsübertretung nach § 52 GlücksspielG als nicht erfüllt anzusehen ist; dies ungeachtet dessen, ob von einem konkreten Spieler im Rahmen der konkreten Ausspielung die Automatik-Start-Taste verwendet wurde oder vom vorgeschalteten Würfelspiel Gebrauch gemacht wurde

LVwG Vbg 15.09.2014, [LVwG-1-532/R5-2014](#)

AVG; die Auswahl der falschen (vom Sekretariat der Rechtsanwaltskanzlei nicht ständig überwachten) **E-Mail-Adresse** bei der Versendung des E-Mails samt angehängter Strafverfügung (an einen Rechtsanwalt zwecks Einbringung eines Rechtsmittels) bedeutet eine **Sorglosigkeit, die den minderen Grad des Versehens übersteigt**

LVwG Vbg 22.09.2014, [LVwG-414-018/R5-2014](#)

GewO; WohnungseigentumsG; zur gewerberechtliche Nachbarstellung einer Eigentümergemeinschaft hat der VwGH bereits klargestellt, dass die Rechtsfähigkeit der Eigentümergemeinschaft auf den Bereich der Verwaltung der Liegenschaft beschränkt ist und die **Geltendmachung gewerbebehördlicher Nachbarrechte** gem § 75 Abs 2 erster Satz, zweiter Satzteil GewO **nicht der Eigentümergemeinschaft**, sondern den einzelnen Wohnungseigentümern **zukommt** (vgl VwGH 18.05.2005, 2005/04/0065); an dieser Rechtslage hat auch die Wohnrechtsnovelle 2006, BGBl I 124/2006, nichts geändert, die eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der Eigentümergemeinschaft auch auf bisher allein den Wohnungseigentümern aus ihrem Eigentum bzw aus von ihnen abgeschlossenen Verträgen erfließende Anspruchspositionen herbeigeführt hat (neuer § 18 Abs 2 WohnungseigentumsG)

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

07.10.2014, [Rs C-399/12, Deutschland / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Auswärtiges Handeln der Europäischen Union – Art 218 Abs 9 AEUV – Festlegung des im Namen der Europäischen Union **in einem durch eine internationale Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertretenden Standpunkts** – Internationale Übereinkunft, der die Europäische Union nicht beigetreten ist – Internationale Organisation für Rebe und Wein (OIV) – **Begriff ‚rechtswirksame Akte‘** – Empfehlungen der OIV

[09.10.2014, Rs C-326/12, van Caster und van Caster](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freier Kapitalverkehr** – Art 63 AEUV – Besteuerung von **Erträgen aus Investmentfonds** – Verpflichtungen zur Bekanntmachung und Veröffentlichung bestimmter Angaben durch einen Investmentfonds – Pauschale Besteuerung von Erträgen aus **Investmentfonds, die den Bekanntmachungs- und Veröffentlichungsverpflichtungen nicht nachkommen**

[09.10.2014, Rs C-222/13, TDC](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinie 2002/22/EG – Art 32 – Zusätzliche Pflichtdienste – Verfahren zur Entschädigung für die Kosten, die mit der Erbringung dieser Dienste verbunden sind – **Begriff ‚Gericht‘ im Sinne von Art 267 AEUV** – **Unzuständigkeit** des Gerichtshofs

[09.10.2014, Rs C-268/13, Petru](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Soziale Sicherheit – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 22 Abs 2 Unterabs 2 – Krankenversicherung – In einem anderen Mitgliedstaat erbrachte Krankenhausbehandlung – Versagung der vorherigen Genehmigung – Fehlen von Medikamenten und grundlegendem medizinischen Material

[09.10.2014, Rs C-299/13, Gielen](#)

Steuerwesen – Richtlinie 2008/7/EG – Art 5 Abs 2 und Art 6 – **Indirekte Steuern auf die Ansammlung von Kapital** – Steuer auf die **Umwandlung von Inhaberpapieren in Namenspapiere oder entmaterialisierte Wertpapiere**

[09.10.2014, Rs C-428/13, Yesmoke Tobacco](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Steuerliche Vorschriften** – Harmonisierung der Rechtsvorschriften – Richtlinien 95/59/EG und 2011/64/EU – Struktur und Satz der **für Tabakwaren geltenden Verbrauchsteuern** – Bestimmung einer Verbrauchsteuer – Grundsatz der **Einführung eines Verbrauchsteuersatzes für alle Zigaretten** – Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, einen Mindestbetrag der Verbrauchsteuer festzulegen – Zigaretten der niedrigsten Preisklasse – Nationale Regelung – **Spezielle Kategorie von Zigaretten** – Festlegung der Verbrauchsteuer auf 115 %

[09.10.2014, Rs C-492/13, Traum](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerwesen – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 138 Abs 1 – Mit innergemeinschaftlichen Umsätzen verbundene **Steuerbefreiungen** – Nicht für Zwecke der Mehrwertsteuer erfasster Erwerber – **Pflicht des Verkäufers, die Echtheit der Unterschrift des Erwerbers oder dessen Vertreters nachzuweisen** – Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Rechtssicherheit und des **Vertrauensschutzes** – Unmittelbare Wirkung

[09.10.2014, Rs C-522/13, Ministerio de Defensa und Navantia](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Wettbewerb** – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – **Begriff ‚staatliche Beihilfe‘** – Grundsteuer auf unbewegliches Vermögen – **Steuerbefreiung**

[09.10.2014, Rs C-541/13, Douane Advies Bureau Rietveld](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Zollunion und **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Position 3822 – **Begriff ‚Diagnostik und Laborreagenzien‘** – Indikatoren für die Exposition gegenüber einer zuvor festgelegten Ansprechtemperatur

[09.10.2014, Rs C-565/13, Ahlström ua](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Außenbeziehungen – Partnerschaftliches **Fischereiabkommen** zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich **Marokko** – Ausschluss jeglicher Möglichkeit für Gemeinschaftsschiffe, in marokkanischen Fischereizonen die Fischereitätigkeit auf der Grundlage einer **Lizenz** auszuüben, die von den marokkanischen Behörden **ohne Tätigwerden der zuständigen Behörden der Europäischen Union ausgestellt wurde**

B. Schlussanträge

[08.10.2014, Rs C-523/13, Larcher \(GA Mengozzi\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Soziale Sicherheit der Wandererwerbstätigen – Art 45 AEUV – Art 3 Abs 1 der Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – **Leistung bei Alter – Diskriminierungsverbot** – Arbeitnehmer, der in einem Mitgliedstaat vor seinem Eintritt in den Ruhestand einer **Altersteilzeitregelung** unterstellt wird – Berücksichtigung für einen **Leistungsanspruch in einem anderen Mitgliedstaat**

C. Gericht

[03.10.2014, Rs T-39/13, Cezar / OHMI - Poli-Eco \(Insert\)](#)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Nichtigkeitsverfahren – Gemeinschaftsgeschmacksmuster in Form eines Einsatzes – **Älteres Geschmacksmuster – Neuheit – Eigenart** – Sichtbare Merkmale des Bauelements eines **komplexen Erzeugnisses** – Beurteilung des älteren Geschmacksmusters – Art 3, 4, 5, 6 und 25 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 6/2002

[07.10.2014, Rs T-534/11, Schenker / Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 – Verfahrensakten und endgültiger Beschluss der Kommission über ein Kartell, nichtvertrauliche Fassung dieses Beschlusses – Verweigerung des Zugangs – Verpflichtung zur Vornahme einer konkreten und individuellen Prüfung – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten – Ausnahme zum Schutz des Zwecks von Untersuchungstätigkeiten – Überwiegendes öffentliches Interesse

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

03.10.2014, Beschwerde Nr. [12738/10](#), *Jeunesse / Niederlande*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Weigerung**, der surinamischen Bf das **dauerhafte Aufenthaltsrecht** zu gewähren, obwohl sie mit einem **Niederländer verheiratet** ist und mit ihm **drei Kinder** hat (ebenfalls mit niederländischer Staatsbürgerschaft); Verletzung in ihrem Recht auf Achtung des Familienlebens insbesondere aufgrund des bereits **16-jährigen** und den Behörden bekannten **Aufenthalts** in den Niederlanden

07.10.2014, Beschwerde Nr. [28490/02](#), *Begheluri ua / Georgien*

Verletzung von **Art 3** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung) und **Art 9** (Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit) iVm **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); teils direkte staatliche Beteiligung an bzw keine Unterbindung von **religiös motivierten gewaltsamen Attacken gegen** Angehörige der **Zeugen Jehovas**; Klima der Straflosigkeit und Provokation weiterer Angriffe als Folge der **mangelnden strafrechtlichen Verfolgung**

07.10.2014, Beschwerde Nr. [74016/12](#) ua, *Etxebarria Caballero u Ataun Rojo / Spanien*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung); Inhaftierung und Misshandlung der Bf aufgrund des Verdachts der Mitgliedschaft in der Terrororganisation ETA; **Verpflichtung** Spaniens, **Maßnahmen zum Schutz** von Personen **vor polizeilicher Gewalt in Isolationshaft** zu ergreifen

09.10.2014, Beschwerde Nr. [37873/04](#), *Konovalova / Russland*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Anwesenheit** von **Medizinstudenten** während einer **Geburt ohne** die ausdrückliche **Zustimmung der Mutter** verletzt deren Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Dr. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Mathäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.